

## Steigt ihre Stromrechnung wirklich wegen der Solarförderung?

### Böse Sonne!



Steigt Ihre Stromrechnung  
wirklich wegen der  
Solarförderung?



Der Musterhaushalt des Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft hat drei Personen und verbraucht im Jahr 3500 Kilowattstunden Strom. Gehört er zu den 10 Millionen Haushalten, die im März oder April eine Strompreiserhöhung erhalten haben, muss er dieses Jahr im Schnitt 31 Euro mehr bezahlen. Denn, so meldete das Verbraucherportal Check24, die durchschnittliche Steigerung liegt bei 3,5 Prozent.

Das hört sich nicht so schlimm an, birgt aber Sprengstoff. Denn einzelne Unternehmen erhöhen deutlich mehr oder haben bereits deutlich mehr erhöht, wie zum Beispiel Vattenfall für die Berliner Kunden

zum 1. Januar. Dort belief sich die Steigerung sogar um 6,4 Prozent, angeblich auch wegen der „anhaltenden hohen“ Ökostromumlage. Als Sündenbock taugen die Erneuerbaren also immer noch. Dabei ist Vattenfall kein Einzelfall. Auch das Unternehmen Mainova, das im Rhein-Main-Gebiet aktiv ist und zum 1. März um 6,5 Prozent erhöht, schreibt:

„Preistreibend wirkt sich die zum Jahreswechsel auf 3,592 Cent je Kilowattstunden erhöhte bundesweit einheitliche EEG-Umlage zur Förderung des Ökostroms aus.“

Wie groß ist aber der Anteil der EEG-Umlagen-Steigerung und der Solarförderung wirklich? Das lässt sich, auch wenn die Elektrizitätsversorger die Zahl nicht gerne angeben, leicht nachlesen. Die Übertragungsnetzbetreiber haben letzten November veröffentlicht, dass sich die Umlage von 2011 nach 2012 gerade einmal um 0,062 Cent pro Kilowattstunde erhöht. Das sind knapp 2 Prozent.

Es kann also keine Rede davon sein, dass die Erneuerbaren dieses Jahr den Strompreis „treiben“. So steigt etwa der Strompreis bei Mainova um 1,68 Cent pro Kilowattstunde. Das Unternehmen gibt an, dass neben der EEG-Umlage eine neue staatliche Umlage von 0,151 Cent pro Kilowattstunde zur Erhöhung beiträgt. Mit ihr beschenkt Wirtschaftsminister Philipp Rösler stromintensive Industriebetriebe, indem er sie von Netzentgelten befreit. Die Netzentgelte, die bis auf die befreiten Industriebetriebe alle Stromkundenzahlen müssen, steigen außerdem auch noch um 0,48 Cent je Kilowattstunde.

Der größte Anteil an der Strompreiserhöhung von 0,99 Cent bleibt bei Mainova unerklärt. Dafür müssen dann erhöhte Beschaffungskosten herhalten. Das ist durchaus möglich, für Stromkunden ist aber nicht nachvollziehbar, ob die Einkaufspreise wirklich höher sind oder nur der Gewinn des Versorgers erhöht werden soll.

Umgerechnet auf den Musterhaushalt heißt das Folgendes: Er zahlt im Jahr Stromkosten

von rund 900 Euro. Eine 6,5-prozentige Strompreiserhöhung sind circa 60 Euro. Unerklärt bleiben davon 35 Euro. Wegen des Geschenks an die Industrie zahlt der Haushalt 5,20 Euro mehr, wegen der erhöhten Netzentgelte 16,80 Euro. Durch die minimal gestiegene EEG-Umlage lediglich 2,10 Euro.

Dieses Jahr steigt der Strompreis also bestimmt nicht wegen der Förderung der Solaranlagen, auch wenn manche Versorger ihre Erklärungen so schreiben, dass der Kunde genau das verstehen muss. Dass es dieses Jahr nicht so ist, bestätigt auch RWE. Nach Aussage von Pressesprecher Klaus Schultebraucks hält das Unternehmen den Strompreis mindestens bis Mitte des Jahres stabil.

### **Photovoltaik für 65 Euro im Jahr**

Trotzdem steht die EEG-Umlage nicht umsonst im Fokus der politischen Diskussion um die Solarförderung. Jeder, der eine Solaranlage betreibt, erhält über 20 Jahre die fest zugesicherte Einspeisevergütung. Die Netzbetreiber legen die Kosten auf alle Stromverbraucher um, die nicht wie die stromintensive Industrie davon weitgehend befreit ist. Zurzeit sind das für die Solaranlagen 1,86 Cent. Umgerechnet zahlt der BDEW Musterhaushalt für die bereits installierten Solaranlagen also 65 Euro im Jahr oder sieben Prozent seiner der Ausgaben für Strom. Das sieht zunächst nach ziemlich viel aus.

Das Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme argumentiert jedoch, dass EEG-Umlage und Strompreis nicht direkt miteinander gekoppelt sind. So sei der Brutto-Strompreis für Privathaushalte seit dem Jahr 2000 um zehn Cent pro Kilowattstunde angestiegen, die EEG-Umlage aber nur um 3,3 Cent je Kilowattstunde. Der größere Teil der Preissteigerungen könne somit nicht mit der EEG-Umlage begründet werden. Zumindest zeigt sich, dass die Erneuerbaren nur ein Faktor sind.

Die Strompreise spiegeln nicht immer die realen Kosten wieder, sondern entstehen durch die Wettbewerbssituation am Markt. Das konnte man auch letztes Jahr sehen, als die EEG-Umlage von 2010 nach 2011 so stark gestiegen ist, dass die Stromkosten um rund sieben bis acht Prozent hätten steigen müssen. Doch einige Anbieter erhöhten um bis zu zwölf Prozent, andere weniger als sieben. Es ist also nicht so, dass grundsätzlich die Kosten weiter gereicht werden.

Außerdem senken die Erneuerbaren Energien die Beschaffungskosten, besonders der Solarstrom. Denn wenn er mittags bei sehr hohem Strombedarf eingespeist wird, können die teuersten konventionellen Kraftwerke abgeschaltet werden. Da sich der aktuelle Strompreis an der Börse nach den teuersten Kraftwerken berechnet, die zu einem Zeitpunkt benötigt werden, sinkt durch diesen so genannten Merit-Order Effekt des Solarstroms der Preis für den Strom auch aus allen anderen Kraftwerken.

Absurd ist, dass obwohl der Solarstrom so die Stromeinkaufspreise senkt, die Haushaltskunden dadurch noch einmal draufzahlen. Denn die EEG-Umlage berechnet sich

aus der Solarförderung minus den Erlösen, die die Netzbetreiber durch die Vermarktung des Solarstroms erwirtschaften. Sinken die Preise an der Börse, sinken die Erlöse und die EEG-Umlage steigt. So profitieren nur die Großverbraucher doppelt, da sie auch von der EEG-Umlage weitgehend befreit sind. Würde man die preissenkende Wirkung des Merit-Order Effekts auf die Haushaltskunden umlegen, müssten sie nach Berechnungen des Institut für Zukunftssysteme in Saarbrücken 0,16 Cent weniger pro Kilowattstunde zahlen.

### **Gute Gegenleistung**

In der politischen Diskussion werden oft die 65 Euro, die der Musterhaushalt für die Solarförderung bezahlen muss, als Argument für jetzt notwendige starke Kürzungen angeführt. Das ist jedoch nicht richtig. Denn diese Kosten sind in den letzten Jahren entstanden, als Solaranlagen noch deutlich teurer waren. Damit wird die Marktentwicklung der Solartechnik bezahlt, die ja überaus erfolgreich war.

Das zeigt sich an der Preisentwicklung. In den letzten fünf Jahren haben sich die Preise für Solaranlagen und die Vergütungssätze für Solarstrom mehr als halbiert. Da gleichzeitig die konventionellen Energiekosten gestiegen sind, werden die Solaranlagen, die jetzt gebaut werden, keine so große Rolle mehr bei der EEG-Umlage spielen wie die bereits gebaute Anlagen. Der Bundesverband Solarwirtschaft gibt an, dass pro Gigawatt Photovoltaikleistung, die bei der im Februar gültigen Vergütung installiert werden, die Umlage nur noch um 0,035 Cent pro Kilowattstunde steigt. Mit jeder Vergütungsabsenkung ist es weniger. Das bedeutet auch, dass ein Zubau von vier Gigawatt die Umlage um 0,14 Cent erhöhen würde. Selbst ein Zubau von sieben Gigawatt wie 2011 würde nur zu Steigerungen von 0,25 Cent pro Kilowattstunde führen.

Auch in den Jahren darauf bis 2016 steigt der Photovoltaikanteil der Umlage nach Berechnungen des Marktforschungsinstituts Prognos nur um 0,48 Cent pro Kilowattstunde, wenn der Zubau im Rahmen des so genannten Trendszenarios der Übertragungsnetzbetreiber liegt. Falls die EEG-Umlage mehr steigt, liegt das an anderen Effekten. Unter anderem daran, dass die Bundesregierung noch mehr Industriebetriebe davon befreien will, die EEG-Umlage zu zahlen, wofür sie von der Opposition stark kritisiert wird.

Die Übertragungsnetzbetreiber schätzen in ihrem Trendszenario, dass in den nächsten Jahren jeweils Anlagen mit einer Leistung zwischen 3,5 und 4,5 Gigawatt ans Netz gehen, bis 2016 also 15,9 Gigawatt. Würde die Umlage dafür direkt auf den Strompreis geschlagen, würde der Musterhalt ab 2016 für 20 Jahre nur 16 Euro pro Jahr mehr zahlen als heute. Ob das viel oder wenig ist, hängt von der Gegenleistung ab. Für das Geld bekäme Deutschland in vier Jahren so viele Photovoltaikanlagen, dass sie pro Jahr soviel Strom wie zwei Atomkraftwerke liefern. Ganz ohne strahlenden Müll. (Michael Fuhs)